

Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Befarntschungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten fest ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 31

Montag, den 6. Februar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der heute eine Erholungsreise antreten will, wurde vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen.

In den nächsten Tagen beginnen in Berlin neue Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland.

Reichspräsident, Reichskanzler und Ministerpräsident Braun richteten an Fürst Haffeldt Glückwunschtelegramme zur Vollendung des 80. Geburtstages.

In Berlin sind noch zwei der Dahmsdorfer Käufer aufgeblüht worden.

Deutsch-russische Besprechungen.

Vor der Ankunft einer russischen Delegation. — Ergänzung des Handelsabkommens geplant.

In den nächsten Tagen beginnen in Berlin neue Besprechungen zwischen Deutschland und Rußland, die die weitere Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen betreffen. Deutschland und Rußland haben bereits einen Handelsvertrag miteinander abgeschlossen, doch enthält dieses Abkommen manche Stellen, die nun ausgefüllt werden sollen. Außerdem sollen einzelne Bestimmungen, die sich bisher nicht bewährt haben oder nur einem Vertragspartner zugute kamen, abgeändert werden. Eine Ergänzung des Handelsvertrags ist auch schon deshalb notwendig, weil die Wirtschaftssysteme beider Länder erheblich voneinander abweichen und manche Bestimmungen des Abkommens sich deshalb anders ausgewirkt haben, als erwartet worden war. Die Grundlage für die neuen Verhandlungen gibt der erste Artikel des geltenden deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens ab, nach dem beide Länder die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede mögliche Weise fördern wollen, um den Anteil an der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr zu erhöhen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die russische Regierung nunmehr die Delegierten für die neuen Besprechungen ernannt und ihre Abreise festgesetzt, so daß die Verhandlungen im Laufe dieser Woche in Berlin ihren Anfang nehmen können. Die russische Delegation wird von dem Mitglied des Moskauer Handelsministeriums Schleifer geführt und wird sich aus hohen Beamten des Handelskommissariats und des Außenministeriums, sowie Vertretern der russischen Bottschaft und der Handelsvertretung in Berlin zusammensetzen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Had vorläufig unterbrochen, sollen jedoch Ende der Woche ebenfalls wieder aufgenommen werden. Wie verlautet, soll die Beterntnäfrage und die Frage des Kohlenkontingents, über die bisher in Warschau verhandelt wurde, in Berlin weiter behandelt werden. In diesem Zweck wird sich der Führer der polnischen Delegation, v. Edwardowit, in den nächsten Tagen ebenfalls nach Berlin begeben.

Stresemann fährt nach dem Süden.

Vor der Abreise. — Vortrag bei Hindenburg. — Zusammenkunft mit Titulescu an der Riviera?

Im Laufe des Montags will Reichsaußenminister Dr. Stresemann Berlin verlassen und eine mehrtägige Erholungsreise nach dem Süden antreten. Als Reiseziel wird Cannes genannt. Vor der Abreise wurde der Minister noch einmal vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen. — Wie noch mitgeteilt wird, will der rumänische Außenminister Titulescu, der gegenwärtig in Paris weilte und dort eine längere Unterredung mit Briand hatte, nun auf die für Mitte Februar geplante Reise nach Berlin verzichten und sich stattdessen an der Riviera mit Dr. Stresemann treffen, um über die schwebenden Wirtschaftspragen zu verhandeln.

Amerika gegen den U-Boot-Krieg.

Kellogg für einen internationalen Vertrag zur Abschaffung der U-Boote.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Kellogg, teilte dem Ausschuss des Washingtoner Neupräsidentenhaus mit, die amerikanische Regierung sei bereit, mit allen Weltmächten einen Vertrag zu unterzeichnen, durch den die Verwendung von U-Booten verboten wird. Die amerikanische Presse will in der Erklärung Kelloggs die bedeutendste Stunde für die Abklärung seit dem Mißlingen der Genèbrüstungskonferenz sehen. Große praktische Fol-

gen wird die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten zur Abschaffung der U-Boote jedoch nicht haben, weil die Weltmächte über die Verwendung der U-Boote verschiedener Meinung sind und somit ein Pakt mit allen Vändern nicht zustandekommen wird.

Was bezweckt die Erklärung Kelloggs?

Kelloggs Erklärung über die Abschaffung der U-Boote war veranlaßt durch eine dem Repräsentantenhaus vorliegende Entschließung, nach der der Bau von U-Booten unterjagt werden soll. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hatte daraufhin Kellogg um eine Meinungsäußerung erzuht. Kellogg erklärte, gegen die Entschließung sei nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß der Kongreß sich dahin aussprechen wolle, daß die U-Boote abgeschafft und deren Bau für alle Nationen der Welt verboten werde. Selbstverständlich könne ein Land unmöglich seine U-Boote abschaffen, wenn deren Bau und Verwendung einem anderen Lande gestattet werde.

Unruhen in Indien.

Angriffe auf Engländer. — 3 Tote und 30 Verwundete in Madras.

Anläßlich der Ankunft der englischen Verfassungskommission in Bombay wurden in Indien große Protestkundgebungen gegen die Kommission veranstaltet. In Bombay und Kalkutta wurde der Generalstreik ausgerufen, der jedoch im großen und ganzen einen ruhigen Verlauf nahm. In Madras dagegen kam es zu ernsthaften Unruhen. Die Polizei eröffnete das Feuer, wobei eine Person getötet und 17 zum Teil schwer verwundet wurden. Da die Polizei mit der Menge nicht fertig wurde, mußte Militär eingesetzt werden. Die Menge hielt englische Automobile an und setzte sie in Brand. Zwei Unteroffiziere wurden durch Steinwürfe verletzt. Im weiteren Verlauf der Kämpfe erhöhte sich die Zahl der Verwundeten auf 30 und die der Toten auf 3.

Rundgebung

der mecklenburgischen Landwirte.

Auszahlung der Notstandskredite an die Landwirtschaft bis zum 15. Februar gefordert.

In der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin fand eine große Massentagung statt, zu der sich 15 000 Landwirte aus allen Teilen des Landes eingefunden hatten. Die Reichsbahn hatte 7 Sonderzüge eingelegt. In Ermangelung geeigneter Säle mußte die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden. Der Vorsitzende des Mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen-Spondorf, sprach über das Thema „Was wir wollen“, kennzeichnete die „Rot der Landwirtschaft und richtete scharfe Angriffe gegen die Landwirtschaftspolitik der Staatsregierung. In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird unter anderem die Auszahlung der geblügten Notstandskredite — von denen 1,2 Millionen Mark Ende Oktober und 1,8 Millionen Mark Ende November vom Reich überwiehen wurden — bis zum 15. Februar gefordert. Wenn die Forderung nicht erfüllt wird, will der Landbund einen Volksentscheid über die Auflösung des Landtages herbeiführen.

Steuererhöhungen um 1 Million.

Schwerin, 6. Februar. In der letzten Sitzung des Landtags wurde der Nachtrag zum Staatshaushalt für 1927 in dritter Lesung mit 26 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Rechtsparteien stimmten gegen den Nachtrag und erklärten, sie müßten dem Nachtragsplan ihre Zustimmung versagen, weil die darin vorgesehene Steuererhöhung um eine Million Mark für die notleidende mecklenburgische Wirtschaft untragbar seien.

Fürst Haffeldts 80. Geburtstag.

Telegramme des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Dr. Marx haben dem Fürsten von Haffeldt-Trachenberg zur Vollendung des 80. Geburtstages herzlich gehaltene Glückwunschtelegramme zugehen lassen. Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem Subilar eben-

falls ein außerordentlich herzlich gehaltenes Schreiben zugehen lassen, in dem es u. a. heißt:

„In zahlreichen Staats- und Ehrenämtern, insbesondere als Oberpräsident und als deutscher Bevollmächtigter für das Abstimmungsgebiet Oberschlesien haben Sie dem Vaterlande hervorragende Dienste geleistet. Ihrer anspornungsvollen Arbeit für die deutsche Sache in Schlesien ist es in besonderem Maße zu verdanken, daß bei den Verhandlungen mit der internationalen Kommission und bei der Abstimmung erreicht wurde, was unter der Macht der Verhältnisse für die Wahrung und Erhaltung deutschen Volkstums und deutschen Staatswesens überhaupt zu erreichen war. Auch jetzt noch widmen Sie Ihre Arbeitskraft und Ihre Kenntnisse in vorbildlicher und uneigennützigster Hingabe den verantwortungsvollen Beamten, in die Sie das Vertrauen und die Anhänglichkeit Ihrer Heimatprovinz berufen hat.“

Das Ende der „Grünen Woche.“

Das Ergebnis der Ausstellung. — Schlußsitzung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Die landwirtschaftliche Ausstellung der Reichshauptstadt „Grüne Woche“ hat am Sonntag ihren Abschluß gefunden. Das geschäftliche Ergebnis der großen landwirtschaftlichen Woche läßt sich noch nicht übersehen, wohl aber kann festgestellt werden, daß die Tagung die Rottlage der Landwirtschaft weitest sichtbar gemacht und gleichzeitig Kräfte zur Wendung des Schicksals wachgerufen hat. Die Regierungen wurden erneut auf den Ernst der Lage aufmerksam, und gleichzeitig zeigte sich auch in den Fachtagungen ein erfreulicher Wille zur Selbsthilfe. Es gilt nun, Maßnahmen zu treffen, die den Beitrag der landwirtschaftlichen Arbeit erhöhen und dazu beitragen, daß der Markt immer mehr mit deutschen Erzeugnissen gesättigt werden kann. Das ist die große Aufgabe der Zukunft.

Senkung der Lebensmittelpreise durch Steigerung der Eigenproduktion!

Die Bewältigung der Aufgabe erheischt allerdings weitgehende Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bauernschaften. — In der Schlußsitzung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft — der 108. Hauptversammlung — berichtete der Präsident, Landesältester von Rebst, u. a. noch über die bevorstehende Wanderausstellung in Leipzig, der in den folgenden Jahren Ausstellungen in München, Köln und Berlin folgen werden.

Handel und Gewerbe im Januar.

Nach den amtlichen Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeverbandes hielt sich die Wirtschaftslage im Januar im allgemeinen auf dem Stand des Vormonats. Auf dem Arbeitsmarkt trat eine neue erhebliche Verschlechterung nicht ein. Auch die Rohstoffbewegung lag im wesentlichen zum Stillstand. Die Geldlage erfuhr eine Erleichterung; dennoch waren die Aktienkurse entgegen den Erwartungen rückläufig. Die Zahl der neu eröffneten Kontrakte stieg im Januar von 619 im Dezember auf 766; Bergleischverfahren wurden 191 eröffnet; im Dezember 187.

500 000 Kleinrentner im Reich.

Eine Denkschrift der Regierung. — Das vorliegende Kleinrentnergesetz erfordert 200 Millionen.

Der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Innern haben dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags zur Beratung des von den Demokraten eingebrachten Kleinrentner-Gesetzes eine Denkschrift zugehen lassen, in der die Zahl der Kleinrentner auf etwa 500 000 geschätzt wird: 340 000 von ihnen werden von der Kleinrentner-Fürsorge erfaßt. Von den Unterstützten sind 255 000 Frauen und 85 000 Männer. Die Regierung nimmt an, daß von den 340 000 unterstützten Kleinrentnern

höchstens 125 000 Personen früher ein Vermögen von mehr als 10 000 Mark gehabt haben. Zu ihnen kommen nach Annahme des Gesetzes die bisher nicht unterstützten Kleinrentner hinzu. Ungefähr 455 000 Personen haben ein Einkommen von noch nicht 1000 Mark im Jahre. Sie haben jedoch die Fürsorge vorläufig noch nicht in Anspruch genommen, weil sie von anderen, meistens von ihren Kindern, unterstützt wurden.